

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens**

Band (Jahr): **77 (2004)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NACHRICHTEN

Nicht schwerwiegend bedroht

-r. Das Phänomen Extremismus in der Schweiz wird in einem umfassenden Bericht neu beleuchtet. Das Papier bietet in komprimierter Form Informationen über die Aktivitäten extremistischer Bewegungen und beurteilt deren Gefährdungspotenzial. Fazit: Die nationale Sicherheit wird zurzeit durch keine extremistische Gruppierung schwerwiegend bedroht. Rechtsextrem motivierte Aktivitäten gefährden teils punktuell, teils lokal die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit, wie dazu das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ausführt, aber weiter festhält: «Eine grössere Gefahr geht zurzeit von linksextremen Exponenten aus.» Die Situation bei ausländischen extremistischen und religiös motivierten extremistischen Gruppen sei insgesamt als ruhig, aber gespannt zu bezeichnen. Das Mobilisierungspotenzial ausländischer extremistischer Gruppen bleibe vorhanden, und eine Änderung der politischen Situation in ihren Heimatländern könnte zu einer Zunahme der Gefährdung auch in der Schweiz führen.

Im Newsletter «Freunde der ASMZ» fordert Peter Regli, Divisionär a.D. und ehemals Chef des Nachrichtendienstes im Generalstab, in seinem Beitrag «Bedroht der islamistische Terrorismus auch die Schweiz?» unter anderem, dass die Randbedingungen für präventive Polizei-Operationen rasch verbessert werden müssen. «Dazu brauchen die Politiker mehr Mut und Realitätssinn. Unsere Bevölkerung muss sachlicher informiert und aufgeklärt werden.» Jeder Einzelne sollte ein gesundes Misstrauen an den Tag legen und ausserordentliche Beobachtungen (auffällige Ereignisse und Personen, alleinstehende Behältnisse usw.) melden. Dazu Peter Regli weiter: «Dies hat, in Anbetracht des aktuellen Umfeldes, mit Spitzeldiensten nichts zu tun. Umdenken ist gefragt. Bis heute haben wir in diesem Lande die Bedrohung des islamistischen Terrors verkannt. Dieser könnte uns plötzlich einholen und uns schwer treffen. Nationale Interessen der Schweiz könnten überraschend und nachhaltig geschädigt werden. Dann wäre

wieder einmal «Management by Kopfanschlagen» angesagt.»

Übrigens: Der Bericht wird im Bundesblatt publiziert und ist im Internet abrufbar auf www.fedpol.admin.ch unter den Punkten Aktuell – Berichte.

Zivildienst: Landwirte als Einsatzbetriebe anerkannt

-r. Im ersten Halbjahr 2004 wurden 107 Betriebe neu als Ersatzbetriebe für den Zivildienst anerkannt. Die überdurchschnittliche Zunahme (Durchschnitt der Vorjahre: plus 40) erklärt sich daraus, dass über die Hälfte landwirtschaftliche Betriebe betreffen. Diese wurden nämlich bislang nicht selbständig als Einzelbetriebe anerkannt, sondern waren als Einsatzplätze über eine Stiftung vermittelt worden.

Ende Juni standen total 4621 Einsatzplätze in 1328 Einsatzbetrieben für 8336 zivildienstpflichtige Personen zur Verfügung. Die Anzahl verfügbarer Dienstage für das erste Halbjahr blieb sich mit 153 282 gegenüber dem Vorjahr praktisch gleich. Bis Ende Juni wurde zu total 277 533 Diensttagen, verteilt über das ganze Jahr, angeboten.

Offiziere fordern klares Profil

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft verlangt vom Bundesrat klare Vorgaben, und gespärt sei jetzt genug.

nzz. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) hat sich besorgt über den derzeitigen Stand der Diskussion um die Armee und in der Armee geäussert. Die Planungen der Armee kämen ins Stocken, weil Unklarheit über die politischen Vorgaben bestehe, heisst es in einer Mitteilung der SOG. Laut der SOG stellt das Leitbild Armee XXI eine gute Ausgangslage dar. Die derzeitigen Probleme lägen nicht am Leitbild, sondern teilweise am mangelnden Willen, das Leitbild konsequent genug umzusetzen, und teilweise an der unklaren Ausrichtung der Sicherheitspolitik, welche Vorgabe für die Armee sein sollte. Die SOG will mithelfen, wieder Ruhe in die Situation zu bringen und schlägt, ausgehend vom Armee-

Die Armee XXI, top oder flop?

Die in der Planungsphase von gewissen politischen und militärischen Instanzen gepriesene «neue» Armee XXI ist von der Wirklichkeit eingeholt worden; heute kann von einem weitverbreiteten Malaise gegenüber der Armee gesprochen werden.

VON OBERST
ROLAND HAUDENSCHILD

Rahmen

Am 1. Januar 2004 hat die Umsetzung der Armee XXI begonnen, die durchaus dem Verfassungsauftrag entspricht und die sicherheitspolitische Lage der Schweiz berücksichtigt. Sie versucht auch den gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Beibehalten wird die Milizarmee, die sich durch eine hohe Verteidigungskompetenz auszeichnet. Die Verteidigungsbereitschaft der Armee kann aufgrund der aktuellen Bedrohungslage gesenkt werden, ohne die Sicherheit des Landes zu gefährden. Der Bestand der aktiven Armee leitet sich aus den Erfordernissen der wahrscheinlichen Einsätze ab. Mit der Reserve und dem Aufwuchs soll die Armee das ganze Spektrum der geforderten Leistungen bewältigen können. Damit muss sie nicht in kostspieliger, auf den schlimmsten Fall ausgerichteter Bereitschaft gehalten werden. Das stellenweise idealisierte Armeeleitbild XXI hat durch die Einführung der Armee XXI einige Retuschen erfahren. Vorzugsweise sei von der Armee XXI gesprochen und nicht wie bei gewissen Funktionsträgern vom nichtssagenden Begriff «neue» Armee; eine Armee ist gegenüber früheren Konfigurationsformen immer «neu».

Die Vorbereitungszeit für die Armee XXI war relativ kurz, mit den Änderungsarbeiten konnte erst nach der

leitbild und von der heutigen Risikoanlage, einige Weichenstellungen vor, mit einem Armeemodell auf Basis einer Armee mit der Hauptaufgabe Raumsicherung. Änderungen gegenüber Armeeleitbild und revidiertem Militärgesetz seien nicht notwendig. Auch weiterem Sparen erteilt die SOG eine Absage.

Referendumsabstimmung vom 18. Mai 2003 begonnen werden. Damit sollen die Mängel der Armee XXI keinesfalls entschuldigt werden. Dass es sich beim Übergang von der Armee 95 zur Armee XXI um eine Armeereform handelt und nicht nur um eine Reorganisation dürfte inzwischen jedermann klar geworden sein. Eines darf nicht vergessen werden: Eine Milizarmee ist eine Organisation mit einem gewissen Beharrungsvermögen, sprunghafte Veränderungen sollten vermieden werden, sonst gilt das Motto «ordre plus contreordre égale désordre».

Aufträge

Die Armee XXI hat drei Aufträge, die nicht neu sind und über deren Gewichtung keine Einigkeit besteht. Die unterschiedlichen Auffassungen rühren daher, dass nie eingehend über die Einsatzdoktrin der Armee und ihre Erfordernisse diskutiert und keine politischen Entscheide gefällt worden sind. Sogar die Reihenfolge der Aufträge ist in amtlichen Papieren nicht einheitlich, ganz abgesehen von den verwendeten Begriffen.

- Friedensunterstützung und Krisenbewältigung

Solche freiwilligen Auslandseinsätze zur Friedensförderung werden von der Armee in grösserem Stil seit den 1990er Jahren geleistet. Angestrebt wird in Zukunft der Einsatz eines Bataillons mit wahrscheinlich ca. 600 Angehörigen der Armee (AdA). Nicht berücksichtigt ist dabei, dass für 1 AdA im Auslandseinsatz 2 bis 3 AdA in der Schweiz bereitstehen müssen (Rekrutierung, Ausbildung, Ablösung). Auf 600 AdA im Ausland kämen damit noch 1200 bis 1800 in der Schweiz dazu, total würden 1800 bis 2400 AdA benötigt, womit die Grenze des Machbaren für unsere Armee bereits überschritten sein dürfte. Realistischer ist der Einsatz von 1 bis 2 Kompanien zu je

100 bis 150 AdA, total würden maximal 400 bis 600 AdA benötigt. Die Schweiz hat sich bisher mit Führungsunterstützungs- und Logistik-einheiten an Auslandseinsätzen beteiligt, was auch in der Zukunft realistisch sein dürfte. Mit dem Einsatz von Schweizer AdA im Ausland kann mit relativ kleinem Aufwand eine grosse Wirkung erzielt werden, abgesehen von den wertvollen Erfahrungen und der Wertschätzung der Schweizer Armee im internationalen Rahmen.

- Raumsicherung und Verteidigung

Früher der Hauptauftrag der Armee, hat er seit dem Ende des Kalten Krieges, mangels unmittelbarer Bedrohung, stetig an Bedeutung verloren. Ein direkter Feind ist heute nicht in Sicht. Die dynamische Raumverteidigung, um einen militärischen Angriff abzuwenden, mit einer flächendeckenden Armeepresenz ist nicht mehr notwendig. Das Mobilmachungssystem ist durch eine differenzierte Bereitschaft ersetzt worden; die Grossen Verbände wurden reduziert. Die Armee muss jedoch in der Lage sein mehrere Raumsicherungseinsätze durchzuführen, z.B. Schutz des Luftraumes, Sicherung von Grenzabschnitten, Schutz von Schlüsselräumen, Offenhalten von (Alpen-)Transversalen, Schutz von Alarm-, Informations- und Führungseinrichtungen. Die bewaffnete Neutralität verpflichtet die Schweiz eine genügende Verteidigungsbereitschaft aufrechtzuerhalten.

- Existenzsicherung

Es handelt sich um subsidiäre Einsätze im Landesinneren, wenn die eingesetzten zivilen Mittel erschöpft sind und zivile Behörden ein Gesuch um Hilfeleistung an die Bundesbehörden stellen. Solche Einsätze dienen zur Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren und Notlagen. Subsidiäre Einsätze umfassen

- militärische Katastrophenhilfe
- Sicherungseinsätze, zum Beispiel Bewachungsaufgaben
- Luftpolizeidienst
- Allgemeine Unterstützungseinsätze.

Subsidiäre Einsätze haben sich in letzter Zeit sprunghaft vermehrt, z.B. Armeeeinsätze zugunsten WEF

Davos, G-8-Gipfel Evian/Genève und zahlreiche Bewachungen von ausländischen Vertretungen in der Schweiz. Mittlerweile sind diese Einsätze auf ca. 60 Prozent der geleisteten Diensttage der Armee angestiegen.

Während das Pistenstampfen durch AdA als militärischer Leerlauf taxiert wird, kann dem Wachestehen vor ausländischen Botschaften nicht jede Berechtigung abgesprochen werden. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die Armee letztlich als Lückenbüsser und Hilfspolizei eingesetzt wird, ein Zustand der zeitlich und personell streng eingegrenzt werden sollte. Dass aber während des G8 Gipfels der Genfer Flughafen vom Deutschen Grenzschutz bewacht werden musste, ist gar kein Ruhmesblatt, weder für die zivilen noch für die militärischen Behörden in der Schweiz. Alles ist eine Frage des Masses. Auf die Motivation bei Bewachungseinsätzen sei nicht eingegangen, sie wird sehr kontrovers beurteilt. Subsidiäre Einsätze sind sicher notwendig und gerechtfertigt, aber die Armee darf nicht überstrapaziert werden, was heute der Fall ist und Folgen in der Zukunft haben wird.

Bestand und Mittel

Der Bestand der Armee XXI beträgt 220 000 AdA, davon sind 120 000 Aktive, ein Rekrutenjahrgang von 20 000 und eine Reserve von 80 000. Aus einem Rekrutenjahrgang können maximal 15 Prozent (3000) Durchdiener ausgebildet werden; AdA die ihre ganze Ausbildungspflicht an einem Stück absolvieren. Trotz Werbung sind die jährlichen Durchdienerbestände weder letztes noch im laufenden Jahr erreicht worden.

Zu den personellen Mitteln zählen auch die im Bestand der Armee XXI eingerechneten 4000 Berufs- und 1000 Zeitmilitär. Berufsmilitär sind Berufsoffiziere, -unteroffiziere und -soldaten; Zeitmilitär sind Zeitoffiziere, -unteroffiziere und -soldaten, aus der Miliz rekrutiert und mit zeitlich befristetem Arbeitsvertrag. Der Bestand von 5000 Berufs- und Zeitmilitär ist bis jetzt nie erreicht worden; es fehlen 1000 bis 1250 Berufsmilitär, bedingt durch fehlendes

Rêveries de vacances

Vive les vacances, si favorables au rêve et aux réflexions inhabituelles! «Déstressé», on se pose alors sereinement nombre de questions. Exercice bien salubre, qui stimule la patience, exerce l'effort intellectuel et promeut l'«esprit républicain», très mode aujourd'hui. Radio et télévision tentent, elles, de délasser les vacanciers avec des reportages... divertissants. Et foncent les héros de la petite Reine dans la Grande Boucle! Et gagne notre Rodgeur national, magnifique, volontaire, maître de lui, et quand même sensible: un preux chevalier des temps modernes!

Meublée d'interrogations, de paradoxes, la vie de tous les jours est faite souvent de beaucoup d'incompréhension. Exemple stylisé: les «pour quelque chose» sont de toute évidence contre ceux qui sont «contre ce quelque chose», ce qui fait que chaque partie demeure irréductiblement contre l'autre...

Que dire alors des grandes questions à l'ordre du jour avant les vacances? Voici quelques unes de ces questions! A vous les réponses!

Les compétitions sportives enthousiasment jeunes et vieux, des millions de personnes. Les performances réalisées s'expriment en buts marqués, en sets, en records, en mètres, en 100^{es} et en 1000^{es} de seconde, etc. Sans la connaissance précise des résultats comparés et des classements qui s'ensuivent, individuels, par équipes ou par nations, tout ce qui constitue le formidable engouement pour le sport et la compétition s'effondre... QUESTION: à l'école, où on... «apprécie» les résultats paraissant avoir été obtenus, quid de l'engouement pour l'étude?

Que penser de bien étranges mutations introduites il y a peu au niveau national? Les grandes administrations, l'Armée aussi, sacrifient à la mode du moment et se muent en «entreprises», forcément, pour l'heure, «entreprises» de l'Etat, leur propriétaire-entrepreneur. Pourquoi «entreprises»? Pour gérer mieux, pour dépenser moins, pour faire quelques bénéfices? Las!

Devenus «fondés de pouvoirs», nos fonctionnaires-boursicoteurs, avant «de 11 septembre» déjà, mettaient en péril le patrimoine des caisses de pensions!

Il faut au courrier deux à trois fois plus de temps que par le passé pour nous parvenir. Les taxes postales en tous genres augmentent régulièrement, sans frein perceptible, victimes probables d'investissements pharaoniques. Autre nouveauté, La Poste se met à jouer à la banque. Ne bat-elle pas ainsi en brèche le credo de la gauche en cédant à l'emprise abhorrée d'un capitalisme peu orthodoxe? N'est-ce pas là l'esquisse d'une avancée vers la privatisation du «géant jaune»?

Nos chemins de fer roulent remarquablement bien, et creusent de même les tunnels du siècle, à des coûts jamais atteints jusqu'ici...

Quant à parler d'une Armée-entreprise...

QUESTION: à qui fera-t-on croire que La Poste, l'Armée et les CFF constituent des entreprises au sens du Code des obligations tenues de publier bilans annuels et comptes d'exploitation, avérés et compréhensibles pour tous?

Brisons-là! Réveillons-nous! Sortons de ce mauvais rêve, que nous souhaitons pourtant délassant, qui révèle hélas un évolutionnisme pernicieux. Alors, au travail, pour tout entreprendre, à tous les échelons, à tous les niveaux, afin de sortir du marasme qui, autrement, ne cessera de croître encore.

En d'autres termes, maîtrisons autant que possible notre destin pendant qu'il en est encore temps!

Brigadier a. D. Jean-Pierre Ehram

Sommaire

L'armée XXI est en fonction depuis neuf mois et pour différentes raisons un malaise peut être distingué dans le public. Les responsables de la politique, de la politique militaire et de l'armée doivent réagir. Il faut enlever ce malaise avant qu'il devienne un «malaise helvétique».

Angebot und finanzielle Engpässe der Bundesfinanzen.

Die materielle Ausrüstung der Armee ist im Umbruch. Grosse Mengen an veraltetem und überflüssigem Material muss liquidiert werden. In der Logistik sind Umstrukturierungsmassnahmen im Gange; die Konzentration auf einige wenige Logistikzentren wird angestrebt, unter Aufgabe von hunderten bisherigen Infrastrukturstandorten. Dieser Prozess ist irreversibel und einschneidend.

Finanziell hat das Volk letztes Jahr einer Armee XXI zugestimmt, die jährlich 4,3 Mrd. Fr. kosten soll. Infolge Entlastungsprogrammen 2003 und 2004 für den Bundeshaushalt stehen heute dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) noch rund 3,8 Mrd. Fr. im Jahr zur Verfügung. Ein personeller und materieller Abbau ist deshalb unumgänglich und eingeleitet.

Ausbildung

Für das Gros der Truppengattungen beginnen jährlich gestaffelt drei Rekrutenschulen (RS); angestrebt werden möglichst ausgeglichene Bestände. In den RS fehlt heute Berufsmilitär, was nur mit Zeitmilitär (vor allem Unteroffiziere) aus der Armee 95 überbrückt werden kann. Diese Ersatzlösung kann aufgrund der noch zu leistenden Diensttage der Zeitmilitär aus der Armee 95 nur noch bis Ende 2005 aufrechterhalten werden. Dannzumal müssen die RS von 3 auf 2 im Jahr reduziert oder andere Lösungen gesucht werden. Die Anspannung der Berufsmilitär in RS und Kadernschulen ist bereits heute sehr hoch und kann nicht ewig weiterbestehen. Die Neuordnung der Kadernausbildung hat es im übrigen mit sich gebracht, dass die Kommandanten von Unteroffizierslehrgängen und Lehrgängen für höhere Unteroffiziere ihre Schü-

ler am Ende der Ausbildung nicht mehr selber zum neuen Grad befördern können. Ein Bruch mit langjähriger Tradition und eine Verarmung im militärischen Alltag. Der Unteroffiziers-Gradsalat (neue Unteroffiziersgrade in der Armee XXI), nur mit pekuniärem Hintergrund für die Berufsunteroffiziere sowie die Ausbildung zum Offizier ohne jegliche Unteroffiziererfahrung seien nur am Rande erwähnt.

Spannungsfelder und Probleme

Die Notwendigkeit einer Armeereform (tiefgreifende Strukturveränderung) wird eingesehen, bestritten sind vielmehr «Details», die vielfach keine sind. War das Reformfuder überladen? Kann eine Milizarmee grosse Reformen verkraften? Im Volk hat das Ansehen der Armee abgenommen; das Volk reagiert aber immer noch pragmatisch und hat die Armee in den letzten Jahren in eidgenössischen Abstimmungen stets unterstützt. In den Parteien und im eidgenössischen Parlament sind die Meinungen zur Armee kontrovers, sie reichen von Erhaltung der vorletzten Armee bis zur vollständigen Abschaffung der Armee. Nachteilig ist, dass immer weniger Politiker fundierte Armeekennnisse haben. Es gibt unter den Parlamentariern der eidgenössischen Räte verschiedene Lobby-Vereinigungen, die Armee hat keine. Die heutige Leitung des VBS und der Armee zeichnet sich durch fehlendes Charisma und mangelnde Integrationsfähigkeit aus. Militärpolitik und Armeeführung zu trennen, ist ein absolutes Erfordernis; wie sagte doch der französische General Morillon in seinen Memoiren: «Un général se tait ou il s'en va». An der Spitze von VBS und Armee braucht es nicht nur «Normalität», es braucht mehr, z.B. muss die Tradition (allgemeine Wehrpflicht) respektiert werden, aber Aufgeschlossenheit gegenüber dem Fortschritt herrschen.

Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, setzen der Militärpolitik und der Armee oft stark zu; früher oder später kommen alle Ungereimtheiten in einem demokratischen Staat ans Licht. Die Medien, auch wenn zuweilen unbequem, sind für die Armee wie das Salz in der Suppe, gut gewürzt hat noch keinem geschadet.

Die Wirtschaft, insbesondere die KMU, steht nach wie vor zur Armee; sie hat sich für kürzere Ausbildungs- und Dienstzeiten eingesetzt. Die Zuneigung der Wirtschaft zur Armee hört aber da auf, wo AdA für Aufgaben eingesetzt werden, die nicht mehr viel oder gar nichts mehr mit Armeeaufträgen zu tun haben.

Im Vergleich zu den Berufsmilitärs, denen Maulkörbe verteilt werden von ihren Vorgesetzten, hat die Miliz den grossen Vorteil der uneingeschränk-

ten Meinungsäusserung, der Rede- und Publikationsfreiheit. Auch über einmal gefällte Entscheide muss diskutiert werden können, insbesondere wenn sie widersprüchlich und unrealistisch oder gar überflüssig sind. Die seit neun Monaten existierende Armee XXI hat durch diverse Vorkommnisse in ihrer kurzen Existenz zu einem eigentlichen Malaise geführt. Unmutsäusserungen wie «So nicht», «Nein», «Jetzt reicht es» und «Nicht mit uns» sind auffallend häufig zu hören. Übrigens bedeutet Malaise «Un- oder Missbehagen, Unwohlsein, finanziell und wirtschaftlich schwierige Lage, Flaute, unbehagliches Gefühl, innere Unruhe, gedrückte Stimmung».

Das Malaise um die Armee muss beseitigt werden, fatal wäre, wenn daraus ein «Helvetisches Malaise» würde.

200 Jahre Schweizerischer Generalstab 1804–2004

Symposium des Chefs der Armee

Am 10. September fand in der Kaserne Bern als Abschluss verschiedener Anlässe zum Jubiläum des Generalstabes ein Symposium «Von der Landesverteidigung zur Sicherheitspolitik» statt. Der Chef des VBS, Bundesrat Samuel Schmid, wies in seinem Referat «Neue Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik» auf die politischen Entscheide und ihre Auswirkungen auf die Armee XXI hin. Der Spardruck und die Finanzknappheit des Bundes zeigten tiefgreifende Auswirkungen auf den Umbau und die Realisierung der Armee XXI. Es gelte aber auch eine bestimmte Kontinuität in der Armee zu wahren; eine Milizarmee wie die schweizerische könne man nicht ständig kurzfristig neu befehlen. Der Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis erwähnte in seinem Referat «Der Generalstab heute und morgen», dass die Armee ihren Auftrag erfülle, vor allem im Bereich subsidiäre Einsätze, wie am WEF in Davos oder am G-8- Gipfel in Evian/Genève. Es gelte sich im von der Politik abgesteckten Rahmen zu bewegen, auch wenn damit zahlreiche Einschränkungen finanzieller und personeller Art verbunden seien. Dem schweizerischen Generalstab und seinen Generalstabsoffizieren zollte der Chef der Armee hohes Lob; er erwähnte auch, dass die Schweizer Armee einsatzfähig sei (daran darf gezweifelt werden, wenn im September 2004 noch Offiziere in Regimentern eingeteilt sind, die Ende Dezember 2003 aufgelöst wurden). Im folgenden Podiumsgespräch unter der Leitung von Dr. Bruno Lezzi, Redaktor NZZ, diskutierten vier Milizgeneralstabsoffiziere über die «Sicherheitskooperation im Kreuzfeuer».

Deutlich hervorgehoben, im Gegensatz zur Armeeführung, wurde die Problematik der zahllosen und lange dauernden subsidiären Einsätze der Armee (Botschaftsbewachungen etc.). Hier wurde ein Eingriff in die kantonale Polizeihöhe festgestellt und die Armee in einer unliebsamen Hilfs-polizeifunktion geortet. Gefordert wurden vermehrte internationale Zusammenarbeit und Beiträge zur Friedensförderung im Ausland. Die Schweizer Armee sei im Ausland bei ihren Einsätzen sehr willkommen und geschätzt; als Streitkraft eines neutralen Staates sei sie «historisch» unbelastet. Klar wurde darauf hingewiesen, dass die «neue» Armee XXI der Öffentlichkeit und dem AdA viel besser kommuniziert werden müsse; Verbesserungen seien möglich und notwendig um die Armee zu «vermarkten».

Roland Haudenschild

Umsetzung der Armeeform läuft

Weiterentwicklung basiert auf Sicherheitspolitischem Bericht 2000 und Armeeleitbild XXI

Die Gesamtkonzeption der neuen Armee stimmt. Die Umsetzung und Weiterentwicklung funktioniert und basiert auf dem sicherheitspolitischen Bericht 2000 und dem Armeeleitbild XXI. Das Schweizer Volk hat die Armeeform im Mai 2003 mit Dreiviertelmehrheit angenommen. Die Armeeaufträge sind klar und werden umgesetzt. Am Milizsystem mit der allgemeinen Militärdienstpflicht wird festgehalten.

VON MARCO OSWALD

Wie muss die Armee aus Sicht des Bundesrates und in Berücksichtigung der Bedrohungslage, der USIS-Entscheidung sowie der wiederholten Budget- bzw. Finanzplanreduktion konkret ihre Aufträge erfüllen? Und wie werden die geforderten Leistungen erbracht und die Kernfähigkeiten Verteidigung angesichts der veränderten Rahmenbedingungen sichergestellt? Grundlage hierzu ist der sicherheitspolitische Bericht 2000 und das Armeeleitbild XXI. Letzteres definiert Einsatzgrundsätze, Mittel, Organisation und Ausbildung der neuen Armee.

Bedrohung, Gefahren und Risiken: Aktuelle Beurteilung

Eine Gefährdung Schweizer Territoriums durch konventionelle Streitkräfte ist heute und auf absehbare Zeit (10 bis 15 Jahre) sehr gering (Restrisiko: Aufwuchs!)

Gleichwohl wird die Sicherheit unseres Landes durch den internationalen Kriminalismus, die organisierte Kriminalität, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermittel sowie die Folgen auch weit entfernter regionaler Krisen und Konflikte gefährdet. Die Risiken werden in wachsender Masse durch nichtstaatliche Akteure und asymmetrische Methoden der Gewaltanwendung gekennzeichnet. All dies erfordert insgesamt einen im Vergleich zum letz-

ten Jahrhundert neues Verständnis von Sicherheit und Verteidigung auch für die Schweiz, obwohl sie bislang kein prioritäres Ziel war.

Für die Schweizer Armee aufgabenrelevant sind auch die Gefahren von Informationskriegsführung, Gewaltanwendung im Luftraum sowie natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen.

Die Risikoeinschätzung, wie sie im Armeeleitbild formuliert wurde, bedarf keiner Revision – auch nicht im Nachgang zu den Ereignissen vom 11. September 2001 und den Kriegen in Afghanistan und Irak.

Aufträge: Die neue Armee erfüllt sie

Der Auftrag gemäss Bundesverfassung, Militärgesetz, sicherheitspolitischem Bericht und Armeeleitbild, ist dreiteilig: Verteidigung und Raumsicherung; Unterstützung der zivilen Behörden, wenn deren Mittel nicht mehr ausreichen (vor allem in der inneren Sicherheit und bei Katastrophen) und Friedensförderung. Die neue Armee wurde so konzipiert, dass sie die daraus resultierenden Aufgaben lagegerecht erfüllen kann. Die drei Armeeaufträge sind klar und haben weiterhin Gültigkeit. Es besteht kein Anlass, sie in Frage zu stellen.

Schwergewichtsverlagerung: von der Verteidigung zur Raumsicherung; die Miliz bleibt

Die Fähigkeit und Bereitschaft, den Verfassungsauftrag Verteidigung in vollem Umfang wahrzunehmen, hat aufgrund der aktuellen Bedrohungslage weniger hohe Priorität als die Unterstützung der zivilen Behörden (in Form von Sicherungseinsätzen, erfolgen sie subsidiär oder im Rahmen der Raumsicherung) und die Friedensunterstützung. Dabei werden nicht etwa zivile Strukturen konkurrenziert, sondern lagegerecht ergänzt.

Die infolge von Leistungs- und Finanzdruck notwendigen Umlagerungen sollen darum primär zulasten

der Bereitschaft und Fähigkeit für die Verteidigung im engeren Sinn vorgenommen werden. Es erscheint vertretbar, die Kapazitäten für die im militärischen Sinne klassische Verteidigung zu reduzieren – zugunsten der Fähigkeiten zur Raumsicherung, die auch für Sicherungseinsätze unterhalb der Kriegsschwelle erforderlich sind.

Die Luftwaffe wird von dieser Schwerewichtsverlagerung nicht berührt; ihre bestehenden Fähigkeiten sind für die aktuellen Bedürfnisse nötig. Eine Reduktion der Kampf- und Kampfunterstützungsverbände des Heeres kann dadurch erreicht werden, dass die ausschliesslich zur Erhaltung des Know-hows «Verteidigung» dienenden Verbände auf einen kleineren, aber militärisch noch vertretbaren Umfang (Anzahl, Ausrüstung, Infrastruktur, usw. in der Grössenordnung einer «Kampfbrigade») redimensioniert werden. Damit wäre es möglich, das Know-how (Wissen, Ausbildung und Training, inkl. Verbandsschulung) in diesem Bereich aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln, mit dem Ziel, diese Brigade einsetzen zu können und die Option eines Aufwuchses sicherzustellen.

Ein vollständiger Verzicht auf die Verteidigungsfähigkeit, sowohl bei den Kapazitäten wie auch beim Know-how, ist für die Schweiz keine Option. Dies würde auch der Bundesverfassung, dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000 und dem Armeeleitbild XXI widersprechen.

Rollenspezialisierung: Erhalt der Kernfähigkeiten Verteidigung und Unterstützung der zivilen Behörden

Im Bereich «Sicherungseinsätze zugunsten der zivilen Behörden» sind die Bedürfnisse stark angestiegen. Über 40 Prozent der WK-Formationen stehen regelmässig in Assistenzdienstseinsätzen. Dadurch verbleibt weniger Zeit für die Ausbildung für den Erhalt der Kernfähigkeiten Verteidigung. Rollenspezialisierung heisst hier die Devise. Das bedeutet, dass die Infanterieformationen auf Raumsicherung (beinhaltet die Kapazitäten für die Unterstützung der zivilen Behörden) ausgerichtet werden. Die mechanisierten Formationen konzentrieren sich in Zukunft primär auf den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kernfähigkeit Verteidigung.

Dies ist eine Lösung, die gleichzeitig eine effizientere Nutzung der zur Verfügung stehenden Ausbildungszeit sicherstellt und finanzielle Einsparungen bringt. Die Umsetzung dieser Rollenspezialisierung wird Änderungen der rechtlichen Grundlagen erfordern. Das VBS wurde beauftragt, die dafür notwendigen rechtlichen Anpassungen zuhanden Bundesrat und Parlament auszuarbeiten.

Friedensförderung: Kein Handlungsspielraum

Die militärische Friedensförderung gehört zu den ständigen Aufgaben moderner Armeen. Ein Beitrag der Schweiz entspricht der internationalen Erwartung. Dies um so mehr, als die internationale Gemeinschaft friedensunterstützende Einsätze in Regionen leistet, die für die Schweiz ebenfalls von erstrangiger Bedeutung sind (Balkan). Angesichts dieser Tatsache und der relativ bescheidenen Mittelzuteilung besteht hier kein Einsparpotential. Der Bundesrat bekräftigte *das Engagement der Armee im Bereich der Friedensförderung – auf der Basis der sicherheitspolitischen Grundlagen – und ein mittelfristiger Ausbau auf Bataillonsstärke soll erfolgen.*

Durchdiener: Prüfung von Möglichkeiten

Das VBS wird beauftragt, konkrete Anträge für die Ausschöpfung des gesetzlich zulässigen Durchdieneranteils sowie einer allfälligen Erhöhung dieses Anteils zu prüfen. Mit der Ausschöpfung oder einer allfälligen Erhöhung – via Revision des Militärgesetzes – des Durchdieneranteils (heute maximal 15 Prozent eines Rekrutenjahrganges) könnten Einsparungen erzielt werden, weil die Durchdienerformationen – im Vergleich zu WK-Truppen – effizienter ausgebildet und ausgerüstet sowie rascher eingesetzt werden können. Doch dann müsste die Wahlfreiheit für das Durchdienermodell allenfalls aufgehoben werden. Und diese Massnahme würde auch zu einer Verringerung des Bestandes der aktiven Armee (ohne Reserve) führen.

Flankierende Massnahmen: Weitere Prüfungen

Weitere flankierende Massnahmen wären:

- die Überprüfung der Anzahl benö-

- tiger Rekrutierungszentren;
- die Aufhebung der Reserve (80 000);
 - allenfalls die Aufhebung der Teilstreitkräfte Heer und Luftwaffe.

Finanzpolitischer Wirkungshorizont der vorgestellten Massnahmen

All diese Massnahmen – die einen Vollzug des Armeeleitbildes und keine Abkehr von diesem bedeuten – entfalten erst mit Verzögerung ihre volle Sparwirkung.

Für eine Übergangszeit (2005 bis 2008) können Einsparungen im Umfang der Vorgaben EP 04 (533 Mio.) nur dann erzielt werden, wenn das VBS in den nächsten Jahren auf wesentliche Teile der in der Streitkräfteentwicklungsplanung vorgesehenen Investitionen verzichtet. Dies wäre indes eine Praxis, die für die Weiterentwicklung unserer Streitkräfte und somit für die Glaubwürdigkeit der Armee nach Innen und Aussen längerfristig unhaltbar wäre.

Wehrsystem und Wehrgerechtigkeit: Keine Grundsatzdiskussion

Eine Grundsatzdiskussion über Wehrsystem und Wehrgerechtigkeit soll nicht im Rahmen der Sparvorgaben EP 04 geführt werden. Mit der Genehmigung der neuen Bundesverfassung hat sich das Schweizer Volk 1999 zum Milizprinzip, den Armeeaufträgen und zur Militärdienstpflicht (allgemeine Wehrpflicht) bekannt. Diese verfassungsmässige Grundlage ist mit der Zustimmung des Volkes zur neuen Armee bestätigt worden. Es besteht daher für den Bundesrat heute kein Anlass, sie heute in Frage zu stellen. Vielmehr geht es darum, die Milizarmee auf solidem Fundament zu konsolidieren. Mit einer Tauglichkeitsrate von gegenwärtig 62 Prozent ist die Wehrgerechtigkeit sichergestellt. Im Vergleich zu früher werden infolge der neuen Rekrutierung viel weniger Rekruten im Lauf ihrer Dienstleistung ausgemustert. Aus Sicht des VBS besteht heute

grundsätzlich kein Anlass, auf die Forderung nach einer Diskussion über alternative Wehrsysteme, die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht oder gar über eine Berufarmee einzutreten. Der Bundesrat wird sich aber trotzdem mit der mittel- bis langfristigen Weiterentwicklung der Armee bereits während der laufenden Legislaturperiode auseinandersetzen, um den Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld der Schweiz, den Entwicklungen im Bereich der Ressourcen und den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Finanzen: Budgetreduktionen

Die neue Armee beruht auf einem Planungswert von 4.3 Mia. Franken. Nach den Entscheidungen des Bundesrates über die Stabilisierungs- und Entlastungsprogramme 03/04 stehen der Armee heute rund 300 Mio. pro Jahr weniger, ab 2007 gesamthaft nur noch rund 3,85 Mia. pro Jahr zur Verfügung.

Zudem hat der Bundesrat bereits vorgängig entschieden, dass das VBS 2500 Stellen bis ins Jahr 2010 abbauen muss. Diese Massnahmen entfalten erst nach einiger Zeit ins Gewicht fallende Einsparungen bei den Betriebsausgaben; die regionalpolitischen Konsequenzen und Widerstände sind indessen bereits heute spürbar.

Anteil VBS am Entlastungsprogramm 04

Gemäss Beschluss des Bundesrates hat das VBS im Rahmen des Entlastungsprogramms 04 im Bereich Verteidigung folgende Sparbeiträge zu leisten: 2005 insgesamt 86 Mio. Franken (davon 16 Mio. Franken Kreditsprerre), 2006 117 Millionen, 2007 165 Millionen und 2008 165 Millionen; was total 533 Mio. Franken ergibt. Damit fällt der finanzielle Planungswert der Armee ab 2007 auf ca. 3,85 Mia. Franken pro Jahr – eine halbe Milliarde Franken weniger als bei der Planung angenommen.

Der Hauptfeldweibel kommandiert: «Vor der Kirche treffen sich alle hinter der Kirche und nach der Kirche vor der Kirche! Verstanden?»

AKTUELL

Gründung einer «Nostalgie-Radfahrer-Kompanie»

-r. Um der Nachwelt ein Andenken an Einsatz, Ausrüstung und Korpsgeist der Radfahrer zu erhalten, ist seit einem Jahr unter Major Manuel Eichenberger ein Team an der Arbeit, um die Gründung einer «Nostalgie-Radfahrer-Kompanie» an die Hand zu nehmen. Es ist vorgesehen, die Kompanie mit je einem Zug Ordonnanz 1940, 1960 und 1995 zu alimentieren. Diese Radfahrer sollen an ein bis drei ausgewählten Anlässen im Jahr – wie Jubiläen, Vorbeimärsche, Umzüge usw. – auftreten und ihre Ausrüstung und ihr Können demonstrieren. Ein erster Auftritt mit Vorbeimarsch ist anlässlich der «Swiss Tank Challenge» vom November in Thun vorgesehen. Eine Mitgliedschaft soll allen Interessierten offen stehen; primär jedoch allen aktiven und ehemaligen Radfahrern.

Fachwissen hat vor-Rang!

Die Vereinigung Schweizerischer Nachrichtenoffiziere – auch für Nicht-Offiziere.

-r. Am 3. Juni hat die Generalversammlung der Vereinigung Schweizerischer Nachrichtenoffiziere (VSN) in Bern beschlossen, künftig auch Nicht-Offiziere und zivile Fachpersonen als Mitglieder aufzunehmen. Damit trägt sie dem Umstand Rechnung, dass der Nachrichtendienst nur dann zum Erfolg führen kann, wenn er im Verbund von zivilen und militärischen Stellen und unabhängig von Hierarchiestufen ausgeübt wird.

Die VSN ist eine private Fachoffiziersgesellschaft und wurde 1946 von engagierten Nachrichtenoffizieren gegründet. Unter dem Motto «Denken fördern, Wissen vermitteln, Handeln unterstützen» hat sie es sich zum Ziel gesetzt, die ausserdienstliche Weiterbildung der Nachrichtenoffiziere zu fördern, deren Interessen in Bezug auf Ausbildung, Aufgaben und Stellung zu vertreten und sich für die Belange des Nachrichtendienstes, des Sachbereichs Lage und der Sicherheitspolitik einzusetzen.

Mitglieder des VSN sind ungefähr 1000 aktive und ehemalige Nachrichtenoffiziere aus der ganzen Schweiz sowie eine steigende Anzahl ziviler Fachpersonen. Der unentgeltlich

Party-Service



Güggeli
Bratkartoffeln
Salate

gut und preiswert

Ihr Kompanieabend einmal anders ...

bequem:

- Wir kommen zu Ihnen in die Kaserne, in den Wald, an den See ...
- Sie benötigen keine Kücheneinrichtung
- Sie überlassen die Küchenarbeiten uns
- Sie bezahlen nur die gebratenen Esswaren

unsere Stärke:

- leistungsfähige Grills (100-120 Personen/Std.)
- absolute Hygiene
- nur ausgebildetes Schweizer Personal
- ausschliesslich Schweizer Produkte aus ökologischen und tiergerechten Anbau- und Produktionsbedingungen

Testen Sie uns! Fragen Sie Ihre Kollegen!



Referenzliste siehe
www.guets-gueggeli.ch
Tel. 071 950 06 55



arbeitende Vorstand rekrutiert sich aus Miliz- und Berufsoffizieren aus dem militärischen Nachrichtendienst sowie aus Spezialisten aus dem Sachbereich Lage des Bevölkerungsschutzes.

InfoThek

Kontakt: Pascal Pauli, Hotzesteig 9, 8006 Zürich, Telefon 079 650 29 01, E-Mail: pauli@swissint.ch, Internet: www.swissint.ch

Verordnung über die Militäarakademie an der ETH Zürich

Der Bundesrat hat die Verordnung über die Militäarakademie an der ETH Zürich erlassen. Die Militäarakademie – sie ist der Höheren Kaderausbildung der Armee (HKA) unterstellt – ist die Ausbildungsstätte für die Berufsoffiziere der Schweizer Armee sowie ein international anerkanntes Kompetenzzentrum für Militärwissenschaften.

Mit der neuen Verordnung erhält die Militäarakademie an der ETH Zürich (MILAK/ETHZ) ihre spezifische Rechtsgrundlage. Diese ist bedingt vor allem durch die neue Bezeichnung als Militäarakademie und durch die im Jahre 2002 erfolgte Einführung des dreijährigen Bachelor-Studiengangs für die Berufsoffiziere an der ETH Zürich.

Für Berufsoffiziere mit akademischem Abschluss bietet die MILAK, unabhängig von der ETH Zürich, weiterhin auch den einjährigen Diplomelehrgang an, sowie Zusatzausbildungslehrgänge und Weiterbildungskurse. Einen hohen Stellenwert nimmt die wissenschaftliche Forschung der Dozenten an der MILAK ein. Diese weltweit einmalige Konstellation von Eidgenössischer Technischer Hochschule und Militäarakademie an der ETH Zürich schafft Chancen und Synergien, die nun in der neuen Verordnung rechtlich abgestimmt werden konnten.

Stellenabbau Verteidigung: Standorte und Zahlen

Im Bereich Verteidigung müssen bis zum Ende des Jahres 2005 insgesamt 1100 Stellen abgebaut werden (wie ARMEE-LOGISTIK bereits berichtete). In einer ersten Phase beträgt der Abbau im Heer 167 und in der Logistikbasis der Armee 397 Stellen. Ab Anfang September 2004 muss die Logistikbasis der Armee 18 Standorte vollständig und 7 Standorte teilweise schliessen. Im Heer kommt es zu einer Verringerung der Verteidigungsinfrastruktur und damit zu einem Personalum- und -abbau.

Betriebsschliessungen Logistikbasis der Armee (LBA)

Die LBA muss bis Ende 2005 insgesamt 600 der im Bereich Verteidigung abzubauenen 1100 Stellen abbauen. Deshalb müssen bereits 2004 in einer ersten Phase zwingend Betriebe an 18 Standorten ganz und an sieben Standorten teilweise geschlossen und damit 397 Stellen abgebaut werden. Folgende Betriebe werden in der ersten Phase total oder teilweise geschlossen:

Kanton	Standort	Art der Schliessung	Stellen
BE	Bern	Teil	75
	Burgdorf	Total	2
	Interlaken	Total	25
	Langnau	Total	6
	Lyss	Teil	19
	Meiringen	Total	12
	Zweisimmen	Total	7
FR	Bulle	Total	24
GR	Chur	Teil	12
LU	Sursee	Teil	15
	Willisau	Total	1
OW	Sarnen	Teil	20
SG	Eschenbach	Total	4
	Wil	Total	4
SO	Solothurn	Total	3
SZ	Seewen	Teil	35
	Steinen	Total	2
TI	Biasca	Total	18
	Bodio	Total	1
	Quinto	Total	6
VS	Brig	Teil	20
	Sion	Total	15
ZH	Affoltern a. A.	Total	3
	Uster	Total	7
	Winterthur	Total	8

EFD solidarisiert sich mit VBS

Z. Das Eidg. Finanzdepartement (EFD) erlässt mit sofortiger Wirkung einen externen Anstellungsstopp für Handwerker, Techniker und Mitarbeitende in der Administration. Offene Stellen in diesen Funktionsbereichen sollen besetzt werden mit von der Entlassung bedrohten Personen aus der Bundes-

verwaltung – bisher vor allem aus dem Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Erst wenn keine geeignete Person gefunden werden kann, darf beim Departementspersonaldienst schriftlich die Bewilligung zur externen Personalsuche beantragt werden.

NACHRICHTEN

Jean-Blaise Defago neuer Kommunikationschef VBS

Bundesrat Schmid hat den 42-jährigen Jean-Blaise Defago aus Sion VS zum Kommunikationschef VBS, als Nachfolger von Dr. Oswald Sigg, ernannt. Defago tritt sein neues Amt spätestens am 1. Januar 2005 an.

Jean-Blaise Defago besuchte die Grundschulen in Sion und Ostermundigen, das Gymnasium in Bern und studierte anschliessend an der Universität Bern neuere Geschichte, Staatsrecht und Medienwissenschaften. Er schloss seine Studien als lic. phil. hist. ab. Berufsbegleitend absolvierte er anschliessend die Ausbildung als eidg. dipl. PR-Berater.

Defago ist zur Zeit Leiter Unternehmenskommunikation der Visana. Von 1996 war er Informationschef und Stv. Generalsekretär, ab Herbst 1999 bis 2001 Generalsekretär der SVP Schweiz. Von 2001 bis Herbst 2003 war er in leitender Stellung in der PR-Beratung tätig.

Dominique Bugnon bisher Sprecher VBS und seit Januar 2004 Informationschef VBS a.i., übernimmt sofort die Funktion des Informationschefs VBS.

Verordnung über die Militärdienstpflicht

Der Bundesrat hat die Verordnung über die Militärdienstpflicht der Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen sowie die Doppelbürger und Doppelbürgerinnen (VMAD) verabschiedet und auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt.

Die Rekrutierung der Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen wird an die neue Rekrutierung der Schweizer Armee, die über eine rein medizinische Beurteilung hinaus geht, angepasst und findet in der Schweiz statt. Für die Zulassung zur Rekrutierung werden ausreichende Kenntnisse einer Landessprache verlangt. Dies sind die Hauptpunkte der neuen Verordnung.

Internationaler Workshop

Vom 26. bis 29. September fand im LABOR SPIEZ ein internationaler Workshop über die Umsetzung des Chemiewaffen-Übereinkommens (CWÜ) statt mit 20 Experten aus 10 Ländern.

www.solog.ch
Die SOLOG
auf dem Internet
info@solog.ch